



Interviews

26. Juni 2024

Tobias Armbrüster im Gespräch mit Frank Schäffler

Tobias Armbrüster: Dass die drei Ampel-Parteien in wichtigen Punkten sehr unterschiedliche Vorstellungen haben, das zeigt sich gerade vor allem bei den Haushaltsberatungen. Seit Monaten ringen die drei Partner um einen gemeinsamen Etat-Entwurf, vor allem um die große Frage, neue Schulden aufnehmen ja oder nein. Bislang gibt es dazu keine Einigung. Seit gestern ist nun bekannt: Der ursprünglich anvisierte Kabinetttstermin am 3. Juli ist nicht zu halten. Da wollten sich die Koalitionäre eigentlich über die Haushaltsplanung und die Budgetplanung für das kommende Jahr abstimmen. Jetzt soll das Kabinett zwei Wochen später beschließen, am 17. Juli. Der Streit geht allerdings weiter und wir können darüber jetzt sprechen mit dem FDP-Abgeordneten Frank Schäffler. Er ist Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. – Schönen guten Morgen, Herr Schäffler!

Frank Schäffler: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Schäffler, hat diese Koalition noch eine Zukunft?

Schäffler: Ich gehe davon aus. Wir sind ja jetzt mitten in der entscheidenden Phase für den Haushalt 2025, für die Aufstellung, und das wollen wir mit einem Reformprozess, einer Wirtschaftswende verbinden. Und wenn die Koalition fortbestehen will, dann muss sie diese beiden Fragen beantworten in den nächsten Wochen.

Armbrüster: Insgesamt fehlt ein zweistelliger Milliarden-Betrag, beziehungsweise das ist die Lücke, die in den Planungen klafft. Da sagen die einen jetzt, da können wir neue Schulden aufnehmen. Zum Beispiel sagen das die Flügel aus der SPD. Die FDP blockiert das. – Wo sehen Sie da Raum für Kompromisse?

Schäffler: Da gibt es keine Kompromisse, weil das Verfassungsgericht uns eine Vorgabe macht, was die Schuldenhöhe betrifft, durch die Schuldengrenze im Grundgesetz. Das heißt, wir machen ja auch Schulden. Im laufenden Jahr haben wir 39 Milliarden Nettokreditaufnahme gemacht oder werden wir machen. Das heißt, es werden ja schon Schulden gemacht, aber nur im Rahmen dessen, was das Grundgesetz zulässt. Daran wird auch die SPD nicht ändern können. Das ist Verfassungsrecht und die SPD ist ja sicherlich eine staatstragende Partei und wird nicht die Verfassung brechen wollen.

Armbrüster: Aber auch die Schuldenbremse, auch die gesetzliche Regelung sieht vor, dass es Ausnahmen geben kann, und in diesem Jahr wäre das möglich, zum Beispiel mit der Begründung zusätzliche Belastung durch den Krieg in der Ukraine, durch Überschwemmungen, Hochwasser. Warum wollen Sie diese Karte nicht ziehen?

Schäffler: Weil das Unsinn ist, weil das nicht zulässig ist. Das Verfassungsgericht hat ja mit seinem Urteil aus dem vergangenen Jahr klar und deutlich gemacht, wie eng die Grenzen der Schuldenbremse sind. Das kann man sich nicht einfach aussuchen, nur weil die SPD eine Idee hat, hier könnte man sie aussetzen. So einfach ist es nicht, sondern es muss ein plötzliches Ereignis sein, das nicht kalkulierbar ist für den Staat. Nur das erlaubt, die Schuldenbremse auszusetzen, und nicht einfach nur, weil die SPD eine gute Idee hat.

Armbrüster: Und ausprobieren wollen Sie es nicht?

Schäffler: Nein, das wollen wir mit Sicherheit nicht ausprobieren, denn wie gesagt, das Verfassungsgericht hat Ende letzten Jahres ganz klar die Rahmenbedingungen gesetzt. Da können wir jetzt nicht sagen, na ja, das ignorieren wir jetzt einfach, weil die SPD noch mehr Geld ausgeben will.

Armbrüster: Herr Schäffler, wie wollen Sie die Zeit bis zum 17. Juli verbringen?

Schäffler: Wir werden ja weiter verhandeln. Wichtig ist für mich, Gründlichkeit geht hier vor Schnelligkeit. Wir müssen nach der Sommerpause im Deutschen Bundestag den Haushalt regulär verhandeln. Ob das jetzt einen Tag länger oder später dauert, ist mir, ehrlich gesagt, egal. Entscheidend ist, dass da was Gutes herauskommt, und ganz entscheidend ist, dass man sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert, sondern dass man das mit einer Reform-Agenda verbindet. Nur wenn Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird und dafür die Grundlagen schafft, wird es auch einen Haushalt 2025 geben.

Armbrüster: Bevor wir über Reformen sprechen, will ich trotzdem noch mal über das fehlende Geld sprechen. Ein zweistelliger Milliarden-Betrag muss irgendwie aufgebracht werden in diesen Haushaltsplanungen. Wo sehen Sie da Spielraum? Wo kann man den herbekommen?

Schäffler: Wir haben Einnahmen genug. Wir haben in diesem Jahr rund eine Billion Steuereinnahmen. Es scheitert nicht an den Einnahmen und am Geld, sondern an der Ausgabenpolitik. Wir haben im Sozialbereich enorme Ausgabensteigerungen, allein wenn Sie an das Bürgergeld denken. Wir haben jetzt vier Millionen erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, eine steigende Zahl. Wir werden allein im laufenden Jahr Milliarden Mehrausgaben haben allein fürs Bürgergeld, obwohl eigentlich die Bürgergeldreform so angelegt war, dass wir weniger Menschen im Bürgergeld haben. Die Anreizstruktur, die wir geschaffen haben im Bürgergeld, funktioniert nicht und da muss dringend nachjustiert werden. Das hat auch Hubertus Heil angekündigt mit dem Job-Turbo. Aber das Ergebnis ist bisher katastrophal und hier muss nachgearbeitet werden.

Wir müssen auf der anderen Seite auch bei der Entwicklungshilfe korrigieren. Man muss sich fragen, warum eigentlich diese Entwicklungshilfe so wenig Wirkung hat, was den Fortgang der Länder betrifft, dass die Länder nicht aus ihrer Situation durch unsere Milliarden an Entwicklungshilfe herauskommen, sondern dass sie sich eher in dieser Situation einrichten. Ich glaube, hier müssen auch Veränderungen vorgenommen werden. – Da gibt es eine ganze Menge von Bereichen, wo wir sparen müssen.

Armbrüster: Aber ist nicht eigentlich dies das falsche Vorgehen, dass man, bevor man über Reformen beispielsweise bei der Entwicklungshilfe spricht, erst mal die Gelder zusammenstreicht? Sollte es nicht eigentlich umgekehrt sein, dass man sich überlegt, was wollen wir eigentlich, und dann kommt man dazu, dann müssen wir auch weniger Geld ausgeben?

Schäffler: Das müssen Sie im Wesentlichen die Minister selbst fragen, denn die sind ja dafür verantwortlich. Aber wenn die immer nur mehr Geld fordern, das kann jeder. Das ist eine relativ einfache Aufgabe zu sagen, ich brauche noch mehr Geld. Aber im eigenen Haus durch Reformen Minderausgaben zu erzeugen, das ist eigentlich eine hohe Kunst, und das lassen die beiden SPD-Minister da durchaus vermissen.

Armbrüster: Herr Schäffler, das alles klingt jetzt so, als seien Sie wirklich nicht mehr besonders begeistert von dieser Koalition.

Schäffler: Es kommt jetzt zum Schwur. Das ist ganz entscheidend. Wir haben jetzt noch einen Haushalt in dieser Legislaturperiode. Wir sind der kranke Mann Europas und deshalb müssen jetzt Konsequenzen gezogen werden im Haushalt und in der Reform-Agenda. Wir brauchen eine wirkliche Wirtschaftswende, die das Land nach vorne bringt. Wir müssen die Investitionstätigkeiten anregen in diesem Land, damit in diesem Land wieder investiert wird und Vertrauen geschaffen wird, und nicht weiter so. Das funktioniert nicht.

Armbrüster: Herr Schäffler, Sie sagen, der kranke Mann Europas. Viele andere Länder, größere, auch erfolgreiche Länder schauen gerade auf Deutschland und denken sich wieder einmal, was machen die Deutschen da mit ihrer Finanzpolitik, warum nehmen die nicht mehr Schulden auf, so wie andere Länder das auch machen. Die USA sind da immer das große Beispiel.

Schäffler: Das ist nicht vergleichbar. Die USA können ihre Dollar-Inflation über die Welt verteilen, das können wir nicht. Wir sind in einen europäischen Währungsraum eingebunden. Das ist nicht vergleichbar.

Gucken Sie in die Schweiz. Die Schweiz hat eine viel härtere Schuldengrenze als Deutschland. Die dürfen überhaupt keine neuen Schulden machen, haben aber eine niedrigere Staatsverschuldung als wir und investieren dreimal so viel in deren Bundesbahn. Das heißt: Zu glauben, mit weniger Schulden könne man nicht Wohlstand erzeugen, das ist falsch. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben auch in diesem Jahr Rekordinvestitionen und daran sieht man, man kann auch innerhalb der Schuldenbremse investieren, und das müssen wir auch tun als Staat.

Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.